

PRESSEMITTEILUNG #500-19.01.2023

Birte Pauls

## **Marien-Krankenhaus: Viele Fragen bleiben offen – Opposition beantragt Sonderausschusssitzung**

*Anlässlich der heutigen Pressekonferenz des UKSH mit dem Erzbistum Hamburg zur Zukunft des Marien-Krankenhauses erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls:*

„Das Marien-Krankenhaus gehört mit 1400 Geburten jährlich zu den geburtenstärksten Krankenhäusern in Schleswig-Holstein. Umso bedauerlicher ist es, dass sich das katholische Erzbistum und die Ansgar-Gruppe als Betreiber zurückziehen. Dass das UKSH nun als Mitgesellschafter einsteigt, ist ein notwendig gewordener Schritt, denn es musste kurzfristig eine Lösung gefunden werden. Keinesfalls darf es jetzt zu einer Lücke in der geburtshilflichen Versorgung kommen. Wir begrüßen, dass der Bundesgesundheitsminister die finanzielle Situation der Geburtshilfe durch eine vorgezogene Reform entschärfen will.

Nach der großen Verunsicherung der vergangenen Monate kommt es jetzt auf eine transparente und klare Kommunikation der Landesregierung mit allen Betroffenen an. Dass die Stadt Lübeck mit zu den letzten gehört, die über die Zukunft des Marienkrankenhauses informiert werden, ist das Gegenteil von gelungener Kommunikation.

Das Personal hat eine Schlüsselrolle im bevorstehenden Umzug. Wichtig ist jetzt, zügig auf alle Ärzt\*innen, Hebammen und die pflegerische Belegschaft zuzugehen und ihnen eine konkrete Perspektive für die Zukunft aufzuzeigen. Bei vielen haben die Geschehnisse der letzten Zeit für Frust und Unmut gesorgt. Das darf nicht dazu führen, dass sich der Fachkräftemangel im UKSH dadurch verschärft, dass einige den Umzug nicht mehr mitmachen! Was wir im Lübecker Marien-Krankenhaus erleben, sind die Auswirkungen fehlgeleiteter Gesundheitspolitik der letzten Jahre. Für die SPD-Fraktion bleiben noch viele Fragen offen. Wir beantragen deshalb eine Sondersitzung des Sozialausschusses!“